

## Sitzungsniederschrift

### 22. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungsort: <b>Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>16.12.2024</b>	Sitzungsbeginn: <b>14:03 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>14:36 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
<b>Mitglieder</b>		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Friedhelm Jelken
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Harms, Uwe	CDU/FDP	Vertretung für Frau Saskia Buschmann
Jacobsen, Alfred	SPD	
Krüsmann, Enno	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Ubben, Heinrich	FW im Landkreis Aurich	Vertretung für die FW im Landkreis Aurich
Weiss, Edgar	FW im Landkreis Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	
<b>Grundmandat</b>		
Looden, Jan	AfD	
<b>Verwaltung</b>		
Akkermann, Silke		Protokollführerin
Flohr, Dagmar		Kreisrätin
Hanekamp, Nicole		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung

Puchert, Dr. Frank

Erster Kreisrat

---

**Nicht anwesend:**

---

**Mitglieder**

---

Buschmann, Saskia

CDU/FDP

---

Jelken, Friedhelm

CDU/FDP

---

**Tagesordnung**

---

Öffentlicher Teil:

---

1. Eröffnung der Sitzung
  2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
  3. Feststellung der Tagesordnung
  4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.11.2024
  5. Einwohnerfragestunde
  6. Änderungshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025  
Vorlage: X/2024/219
  7. Mitteilungen der Verwaltung
  8. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
  9. Einwohnerfragestunde
  10. Schließung der Sitzung
- 

Öffentlicher Teil:

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung

Der **Vorsitzende Gossel** eröffnete die 22. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen um 14:03 Uhr. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und den Vertreter der Presse.

---

**TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

**Vorsitzender Gossel** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Harms vertrat die Abgeordnete Buschmann und Abgeordneter Fohrden vertrat den Abgeordneten Jelken. Abgeordneter Ubben nahm für den verstorbenen Abgeordneten Meyerholz an der Sitzung teil.

---

**TOP 3**      **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Fassung festgestellt.

---

**TOP 4**      **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.11.2024**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

⇒ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 5**      **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

---

**TOP 6**      **Änderungshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025**  
**Vorlage: X/2024/219**

**Kreisrätin Flohr** berichtete einleitend, dass in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport für die zwei erforderlichen Änderungen des Haushaltes 2025 eine Änderungshaushaltssatzung anstelle einer Nachtragshaushaltssatzung erfolge, da die Haushaltssatzung noch nicht genehmigt sei.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erläuterte zur Vorlage. Er betont hinsichtlich der geplanten Containeranlagen, dass vor der Auftragsvergabe noch ein politischer Beschluss eingeholt werde. Er führte aus, dass die Containeranlagen, sofern möglich, dezentral im Kreisgebiet aufgestellt würden.

**Abgeordnete Altmann** sprach sich für eine vorausschauende Planung aus. Sie merkte an, dass noch keine Fraktionssitzung der Grünen stattgefunden habe und sie sich daher in der heutigen Sitzung enthalten werde.

**Abgeordnete Harm-Rehrmann** bat um Erläuterung, weshalb die Summen für die Containeranlagen nicht bereits in der am 20.11.2024 beschlossenen Haushaltssatzung berücksichtigt worden seien. Sie erkundigte sich nach einem konkreten Ablaufplan. Sie wies auf die Alternative hin, im Haushaltsjahr 2025 bei Bedarf eine Nachtragshaushaltssatzung beschließen zu können. Abschließend informierte sie, dass seitens ihrer Fraktion bisher keine abschließende Beratung stattgefunden habe und sie sich daher ebenfalls enthalten werde.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** antwortete, es sei beabsichtigt gewesen, aktuelle Auswirkungen in die Überlegungen einfließen zu lassen. Inzwischen habe unter anderem die Entwicklung in Syrien die Planungen beschleunigt. Zum Zeitpunkt des Kreistagsbeschlusses am 20.11.2024 seien die Planungen nicht weit genug fortgeschritten gewesen. Die kreisangehörigen Kommunen seien jedoch bereits wegen möglicher Grundstücke für die Containeranlagen kontaktiert worden. Es werde jetzt angestrebt, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um im Haushaltsjahr 2025 handlungsfähig zu sein.

**Abgeordneter Bargmann** erklärte, dass innerhalb einer Fraktionssitzung eine intensive Beschäftigung mit der Vorlage erfolgt sei. Es sei wichtig, auf möglichst alle denkbaren Entwicklungen reagieren zu können. Im Namen der Gruppe CDU/FDP erklärte er die Zustimmung. Er beantragte, dass vor der Ausschreibung mindestens im Kreisausschuss durch die Verwaltung nochmal das Votum eingeholt werde.

**Abgeordneter Wimberg** äußerte, dass die Zahlen nachvollziehbar seien. Er fragte, wie viele Personen im Laufe des Jahres 2025 aus den Unterkünften ausziehen würden und merkte an, dass dies Berücksichtigung finden müsse. Außerdem bat er um Beachtung, dass die dezentrale Unterbringung im Vergleich zur zentralen Unterbringung unwirtschaftlicher sei. Er begründete dies damit, dass für jede Containeranlage die notwendige Infrastruktur geschaffen werden müsse. Er werde sich in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen enthalten, da innerhalb seiner Fraktion noch keine abschließende Beratung stattgefunden hätte.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erwiderte, dass die Entscheidung zwischen beiden Unterbringungskonzepten von mehreren Faktoren abhängig sei, insbesondere von den zur Verfügung stehenden Grundstücksflächen. Diese seien noch nicht bekannt. Der Betreuungsaufwand bei zentraler Unterbringung sei zwar geringer, jedoch sei diese auch weniger integrativ. Insgesamt seien noch viele Unsicherheiten vorhanden, wodurch nicht alle Fragen zum jetzigen Zeitpunkt abschließend beantwortet werden könnten. Er sicherte zu, die Politik vor der endgültigen Entscheidung vollumfänglich einzubinden.

**Abgeordneter Wimberg** erkundigte sich, ob es eine Erstattung im Investitionshaushalt geben werde.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** verneinte dies. Eine Refinanzierung erfolge ausschließlich über die Kostenabgeltungspauschale.

**Abgeordnete Harms** lobte die frühzeitige Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen bei der Frage der zur Verfügung stehenden Grundstücksflächen für die Containeranlagen. Sie fragte nach, ob die Container kurzfristig lieferbar seien.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erwiderte, dass dies derzeit nicht abschätzbar sei. Über viele Faktoren herrsche aktuell Unsicherheit. Er wiederholte, dass es aktuell darum ginge, vorsorglich die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Er ergänzte, dass die Infrastruktur der Kaserne solange wie möglich genutzt werden solle.

**Abgeordneter Weiß** fand die Ungewissheit befremdlich. Die Summen hätten bereits in die am 20.11.2024 beschlossene Haushaltssatzung einfließen können. Er hoffe, es werde nicht notwendig, Turnhallen für die Unterbringung vorzubereiten. Er werde sich ebenfalls enthalten mangels abschließender Beratung innerhalb seiner Fraktion.

**Vorsitzender Gossel** entgegnete, dass durch die Änderungshaushaltssatzung für 2025 eine Notunterbringung in Turnhallen vermieden werden solle.

**Abgeordneter Looden** fragte an, ob Wohnschiffe, wie beispielsweise in Rostock, eine günstigere Alternative wären.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** antwortete, dass diese Alternative bisher nicht geprüft worden sei.

**Abgeordneter Krüsmann** berechnete, dass die Containerlösung 310 Euro pro Person pro Monat kosten würde. Er erkundigte sich, ob es sinnvoller sei, Gewerbeobjekte für die Unterbringung zu kaufen.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** sagte, dass zum aktuellen Stand der Planung nichts ausgeschlossen werde. Es wäre voraussichtlich ein zu hoher finanzieller Aufwand notwendig, damit diese Objekte dem Mindeststandard entsprechen würden. Somit sei dies lediglich als Notunterbringung denkbar.

**Abgeordneter Fohrden** kritisierte, dass viele der anderen Fraktionen sich noch nicht abschließend mit der Vorlage beschäftigt hätten. Da heute ein Empfehlungsbeschluss gefasst werden solle, sei er der Meinung, dass sich jede Fraktion positionieren müsse.

**Abgeordneter Wimberg** erklärte im Namen der SPD-Fraktion, dass im Kreistag voraussichtlich die Zustimmung erfolge. Zudem sprach er die Erhöhung der Ermächtigung der Konzernfinanzierung in § 2 a der Änderungshaushaltssatzung für die „Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH“ an. Er erkundigte sich, ob die Erhöhung bereits darauf hinweise, dass der Eigenanteil des Landkreises Aurich nicht ausreichend sein werde.

**Kreisrätin Flohr** erläuterte, die Erhöhung sei vorgenommen worden, um für den Eigenanteil des Landkreises Aurich Liquiditätskredite in investive Kredite umwandeln zu können. Aufgrund der günstigeren Zinssätze bei investiven Krediten seien diese wirtschaftlicher. Nach dem Haushaltsbeschluss am 20.11.2024 habe sich ergeben, dass im Jahr 2025 voraussichtlich mehr Liquiditätskredite in investive Kredite umgeschichtet werden können. Aus diesem Grund habe die Verwaltung sich jetzt für die Erhöhung der Ermächtigung entschieden. Dieses führe zu einer Verringerung der Zinsaufwendungen. Die Stadt Emden habe ebenfalls eine investive Konzern-Kreditermächtigung in Höhe von 30 Mio. Euro in ihrer Haushaltssatzung veranschlagt.

**Angeordneter Ubben** sprach sich dafür aus, keine Zeit zu verlieren. Er betonte, dass vor einer endgültigen Entscheidung ein politischer Beschluss eingeholt werden solle.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** wiederholte, er werde wie bei anderen Investitionen üblich und wie bereits mehrfach erläutert, vor einer endgültigen Entscheidung die Politik einbeziehen.

Daraufhin fassten die Ausschussmitglieder folgenden Beschluss:

**Die Änderungshaushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2025 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Der Stellenplan bleibt unverändert.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 5      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 8

⇒ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 7      Mitteilungen der Verwaltung**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

---

**TOP 8**      **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

---

**TOP 9**      **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

---

**TOP 10**     **Schließung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** schloss die Sitzung um 14:36 Uhr.

---

\_\_\_\_\_  
gez. Gossel  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
gez. Akkermann  
Protokollführerin

